Neue Zürcher Zeitung

«Wir werden die United Cities of America sein!»

Amerikas Zukunft liegt in den Städten. Und in der kreativen Klasse, die sie bewohnt. Davon ist der Ökonom Richard Florida überzeugt. Allerdings könnten die USA in dieser Form dann ein Auslaufmodell sein.

Marc Neumann 10.10.2017, 05:30 Uhr



Herr Florida, Hillary Clinton hat gerade «What Happened» veröffentlicht. Ihr Buch «The New Urban Crisis» schrieben Sie quasi als Urbanismus-Handbuch für die Clinton-Administration . . .

(Lacht) Ja, ich musste viel umschreiben. Das letzte Kapitel hatte ich in der Annahme verfasst, dass Clinton die erste Präsidentin der USA würde. Aus ihrer Niederlage habe ich viel gelernt.

Wie das?

Das Buch beschreibt die Gegensätze, die zu Trump führten: Die geballte kreative Kraft von Wissensberufen in städtischen Räumen schafft Prosperität und Innovation als Treiber unserer wirtschaftlichen Zukunft. Clustering schreibt allerdings auch Riefen und Risse in unsere Gesellschaft ein, die Gegenbewegungen auslösen. Die Wahl von Rob Ford zum Beispiel [der 2016 verstorbene und u. a. Crack rauchende Populist und Ex-Bürgermeister Torontos] in einer progressiven, kosmopolitischen und freundlichen Stadt wie Toronto, die Peter Ustinov einst das «New York, von Schweizern verwaltet», nannte, war ein böses Omen. Trump hielt ich dennoch nie für möglich. Aber nach seiner Wahl verstand

ich, dass das Land in einem zyklischen Acht-Jahres-Trauma, gewissermassen in einem niederschwelligen Bürgerkrieg, gefangen ist. Und dass auf dem Weg vor uns keine Versöhnung liegt, weil das Land zu gespalten ist, um wieder zusammenzuwachsen.

Was wartet denn auf diesem Weg?

Die Frage ist: Wie können 350 Millionen Menschen, Zehntausende Gemeinden, 3500 Bezirke, 350 Metropolitanräume und 50 Staaten so viel Macht in die Hände eines Mannes in einem Amt legen? Das ergibt keinen Sinn. Der einzige Weg nach vorne ist, diesen Frankenstein der imperialen Präsidentschaft irgendwie zu demontieren und die Staatsgewalt auf die lokale Ebene zu verlagern. Nur so lösen wir unsere Probleme, nur so können das blaue und das rote Amerika koexistieren.

Der einzige Weg nach vorne ist, die Staatsgewalt auf die lokale Ebene zu verlagern. Nur so lösen wir unsere Probleme,

Das tönt eher düster.

Nach zwei Monaten auf Buchtour quer durchs Land war ich wieder optimistisch. Warum? Weil ich in Orten wie Indianapolis, Milwaukee, Minneapolis oder Columbus mit vielen Menschen und Zeugen der urbanen Wiederbelebung dank der kreativen Klasse sprechen konnte. Wo ich vor fünfzehn Jahren in einem gesichtslosen Business-Hotel nächtigte, sehe ich heute tolle Nachbarschaften voller Lofts mit Coffee-Shops und Indy-Food. Aber jetzt sind sie Teil eines neuen Problems geworden: Klar, wir haben unsere Städte gentrifiziert und wieder lebenswert gemacht. Dafür sind sie nun sozial und wirtschaftlich ungleich und für manche nicht mehr erschwinglich. Dank der Tour glaube ich, dass diese Städte in den nächsten fünfzehn Jahren eine Bewegung für Inklusion und Gleichheit lancieren können. Und das gab mir mehr Optimismus zurück, als Trump mir ausgetrieben hatte.

Worin besteht diese neue Bewegung?

In weniger Föderalismus, mehr Lokalismus und Devolution, der Übertragung von parlamentarischer Gewalt an lokale Behörden. Wenn Städte weiterhin prosperieren und gleichzeitig die USA als Nation bestehen sollen, sollten wir die föderale, vertikale Gewaltentrennung ernsthaft überdenken und neu austarieren, um die Macht der Bundesregierung umzuverteilen. Kurzfristig brauchen wir integrierten Wohlstand auf lokaler Ebene durch die forcierte Zusammenarbeit von lokalen Unternehmen, Gewerkschaften, Nachbarschaftsgruppen und Ortsbeiräten. So schafft man Wert, den man sich leisten kann bei weniger Segregation. Das Langzeitszenario dahinter muss die nachhaltige Übertragung von politischer Macht auf die Lokalebene sein.

Schwebt Ihnen eine Dezentralisierung und Direktdemokratisierung nach Schweizer Vorbild vor?

Vereinfacht gesagt, ja. Und eine Devolution der Bundesfinanzen. Hierin haben die USA so ungefähr den schlechtestmöglichen Job gemacht – was amüsant ist, weil die Amerikaner davon überzeugt sind, dass sie die weltbesten Dezentralisierer sind. Die USA haben ihren Föderalismus im letzten Jahrhundert hochgefahren und einen imperialen Frankenstein von Präsidentschaft geschaffen. Als reiches, mächtiges Land nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sie sich eine dezentralisierte räumliche Struktur mit Zentralregierung und ausgebautem Staatssicherheitsapparat leisten. Danach waren die USA zu lange

nicht willens oder zu verfassungssklerotisch, um sich an die neue Realität einer stadt-und wissensbezogenen Wirtschaft mit Ballung und Spaltung anzupassen.

Wir haben unsere Städte gentrifiziert und wieder lebenswert gemacht. Dafür sind sie nun für manche nicht mehr erschwinglich. Aber ich glaube, dass diese Städte in den nächsten fünfzehn Jahren eine Bewegung für Inklusion und Gleichheit lancieren können.

Wie sollen die USA konkret vorgehen?

Man erwägt eine Dezentralisierung Washingtons, die Verlegung von Regierungsstellen ins Hinterland. Eine zweite Idee ist die Schaffung einer Städtekammer im Parlament, ein Abgeordnetenhaus für Vertreter von Städten mit der Aufgabe, Finanzmittel in die Hände von Bürgermeistern zu bringen. Ein Verfassungszusatz oder eine technokratische Steuerdebatte wird das kaum bewerkstelligen, eine von Bürgermeistern beider Parteien getragene landesweite politische Bewegung zur Stärkung lokaler Interessen schon eher.

Darin schwingt Lokalautonomie und Populismus mit. Im Buch machen Sie sich für einen progressiven Urbanismus mit Anleihen bei Piketty oder Keynes stark. Was wird daraus?

Er wird Teil eines Handlungsplans auf Lokalebene, des «Inclusive Prosperity Urbanism». In diesem integrativen Wertschöpfungsurbanismus arbeitet eine Koalition aus lokalen Unternehmen, Gewerkschaften, Universitäten usw. gemeinsam an der Realisierung von bezahlbaren Wohnungen für Erwerbstätige oder dem Zugang zu Massenverkehrsmitteln – und das nicht nur für die kreative Klasse, sondern auch für Leute mit Niedriglohnjobs. Wenn die Gewinner der Gentrifizierung weiterhin von einem funktionalen urbanen Wirtschaftsfeld profitieren wollen, müssen sie dafür sorgen, dass auch einfache Dienstleister auf anständigem Mindestlohnniveau bezahlt werden und eine Chance auf berufliche Weiterentwicklung haben. Ein Beispiel für diesen Inclusive Prosperity Urbanism ist die kanadische Provinz Ontario. Der Mindestlohn wurde angehoben, 2019 soll er bei 15 Dollar liegen. Ontario hat eine Strategie zur Entwicklung von subventionierten Miet- und Eigentumswohnungen, Pläne für neue ÖV-Verbindungen zwischen Toronto und Windsor und ein Pilotprogramm zu negativer Einkommenssteuer und Grundeinkommen auf ausgewählten Stadtgebieten.

Was wird dann aus dem Federal Government?

Weniger als 20 Prozent der US-Bürger vertrauen der Bundesregierung. Trump wurde ja gewählt, um sie zu zerschlagen. Dagegen vertrauen bereits 50 Prozent der Bevölkerung den Regierungen ihrer Staaten; Stadt- und Gemeindeadministrationen vertrauen gar 75 Prozent. Hier sehe ich Potenzial für Devolution auf lokaler Ebene. Wenn ein Trump wählbar ist, warum sollte denn bei der Präsidentschaftswahl nicht auch ein Zwei-Parteien-Ticket zweier Bürgermeister gewinnen, deren Botschaft ist: «We'll make America great again! – und geben die Macht lokal an die Bürger zurück, ohne das ganze Land kaputtzumachen»? Bürger, die in einem progressiven, egalitären, frauen- und schwulenfreundlichen Umfeld leben wollen, könnten das tun. Anderswo stünde Bürgern, die weniger Ausgaben, weniger Staat usw. wollen, niemand im Weg. Alle können sich ihre lokale Regierung aussuchen – wir würden zu den United Cities of America!

Weniger als 20 Prozent der US-Bürger vertrauen der Bundesregierung. Trump wurde ja gewählt, um sie zu zerschlagen. Dagegen vertrauen bereits 50 Prozent der Bevölkerung den Regierungen ihrer Staaten.

Unterstützt die gentrifizierende, kreative urbane Klasse die Idee der United Cities of America?

Politisch sind die Standorte der kreativen Klasse die progressivsten der US-Gesellschaft. Hier unterstützt man Inklusion, Diversität, mehr und stärkere Bürgerrechte. Die Arbeiterklasse war überwiegend für Trump. Die politisch kritische Klasse ist die der Niedriglohndienstleister. 65 Millionen US-Bürger, überproportional viele Afroamerikaner, Latinos, 65 Prozent Frauen, die im Niedriglohngewerbe schuften, als Verkäufer, Reinigungsangestellte oder im Gastgewerbe. An den Standorten dieser Klasse haben sich Trump und Clinton die Stimmen geteilt. Die kreative Klasse muss endlich realisieren, dass es in ihrem Interesse liegt, die Niedriglohndienstleister in ihr Boot zu holen. Für eine klassenübergreifende Koalition braucht es eine politische Vision, in der die kreative Klasse floriert, gerade damit Niedriglohndienstleister ihre Familien ernähren, sich hocharbeiten und den American Dream verwirklichen können.

Es scheint fast, dass diese Art des American Dream in Europa bereits da ist.

Ich gehe darauf in der europäischen Ausgabe meines Buchs ein. Nur zwei Punkte: Erstens kennen Sie Gentrifizierung und wirtschaftliche Ungleichheit ja auch. Studien legen nahe, dass soziale und ethnische Faktoren wie in den USA auch in europäischen Städten mit wirtschaftlicher Ungleichheit und Segregation korrelieren. Zweitens: Mir scheint, dass Trump Europa enorme Vorteile verschafft.

Wie bitte?

40 Prozent der Gründer aller grossen US-Hightech-Unternehmen waren Einwanderer. Mit der ersten Generation von Immigrantenkindern sind es zwei Drittel. Ohne Einwanderer hätten die USA keine dynamische Unternehmenskultur. Trumps Message ist laut und klar: Ihr seid nicht willkommen. Trump kann durchaus eine Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten bewirken, die den Technologiezentren anderswo Auftrieb verschafft.

Sie sehen Hochqualifizierte und Wissenschafter nach Europa ausweichen?

Ich spekuliere hier, aber Trump sät viele Samen. Gut möglich, dass wir bald den Aufstieg einer neuen, wettbewerbsfreudigen kreativen Klasse von High-Tech-Unternehmern in Asien, Europa oder Kanada miterleben. Vielleicht sind wir bereits an einem Wendepunkt: Alle wollten immer nur nach San Francisco, New York, Boston. Ein Teil davon geht heute nach Berlin und Paris, Montreal oder Vancouver, Stockholm oder Zürich. Europäische Städte sind dichter, lebenswerter, mit gemischten Zonen und öffentlichkeitsfreundlich. Für meine Sabbaticals will ich jeweils in eine europäische Stadt. Ich will meinen Kindern diese Erfahrung geben, weil Europa ein toller Ort für sie wie für alle uns «ugly Americans» ist – schliesslich spricht man überall perfekt Englisch. Amerikas Vorsprung als Magnet für Hochbegabte und Hochqualifizierte aus der ganzen Welt wird kleiner. Einwanderung beruht auch auf Vertrauen. Ist das Vertrauen erschüttert, sagen die Leute: «Screw it!» Und ja, ich glaube, das kann Amerika passieren.

Zur Person

Der 59-jährige US-Amerikaner Richard Florida gilt als Erfinder des Begriffs «kreative Klasse», der jene Berufsgruppe bezeichnet, die massgeblich am wirtschaftlichen Aufschwung und an der Aufwertung von Städten wie New York beteiligt war. In einer Kehrtwendung betrachtet der Urbanistikprofessor an der Universität Toronto in seinem jüngsten Buch «The New Urban Crisis» negative Auswüchse der kreativen

Klasse, darunter Gentrifizierung, wirtschaftliche Ungleichheit und ethnische Segregation. Neben seiner akademischen Tätigkeit ist Florida Mitgründer und Editor-at-Large von «CityLab», einer Tochterpublikation des «Atlantic»-Magazins. «The New Urban Crisis» ist bei Oneworld erschienen.

English Translation:

We will be the United Cities of America!

America's future lies in the cities. And in the creative class that inhabits them. The economist Richard Florida is convinced of this. However, the US in this form could then be a discontinued model.

Marc Neumann 10.10.2017, 05:30 hrs



Mr. Florida, Hillary Clinton has just released «What Happened». The book "The New Urban Crisis" you wrote you almost as an urbanism manual for the Clinton administration.

(Laughs) Yes, I had to rewrite a lot. The last chapter I had written on the assumption that Clinton would be the first President of the United States. I learned a lot from their defeat.

As the the book describes the opposites that led to Trump: The concentrated creative power of knowledge in urban areas creates prosperity and innovation as a driver of our economic future. Clustering, however, also writes scratches and cracks into our society that trigger counter-movements. The choice of Rob Ford, for example, [who died in 2016 and, a. Crack-smoking populist and ex-mayor of Toronto] in a progressive, cosmopolitan and friendly city like Toronto, which Peter Ustinov once called the "New York, administered by Swiss", was an evil omen. Trump I never thought possible. But after his election, I understood that the country is trapped in a cyclical eight-year trauma, to a certain extent in a

low-threshold civil war. And that on the way before us there is no reconciliation because the country is too divided to grow together again.

The question is: How can 350 million people, tens of thousands of congregations, 3500 counties, 350 metropolitan areas and 50 states put so much power into the hands of a man in an office? This makes no sense. The only way forward is to dismantle this Frankenstein of the imperial presidency somehow and to move the state power to the local level. This is the only way to solve our problems, so that the blue and the red America can coexist. The only way forward is to shift the state power to the local level. This is the only way to solve our problems.

That sounds rather gloomy.

After two months on bay tour across the country, I was optimistic again. Why? Because I could talk with many people and witnesses of the urban revival thanks to the creative class in places like Indianapolis, Milwaukee, Minneapolis or Columbus. Where I spent fifteen years ago in a faceless business hotel, I now see great neighborhoods full of lofts with coffee shops and indy food. But now they have become part of a new problem: Sure, we have gentrified our cities and made them live again. For this reason, they are socially and economically unequal and are no longer affordable for some. Thanks to the tour, I believe that these cities will be able to launch a movement for inclusion and equality over the next fifteen years. And that gave me more optimism than Trump had driven me out.

What is the new movement?

In less federalism, more localism and devolution, the transfer of parliamentary violence to local authorities. If cities continue to prosper and at the same time the US as a nation, we should seriously rethink and rebalance the federal, vertical separation of powers in order to redistribute the power of the federal government. In the short term, we need integrated prosperity at local level through the forced cooperation of local businesses, trade unions, neighborhood groups and local councils. This creates value that can be achieved with less segregation. The long-term scenario behind this must be the sustainable transfer of political power to the local level.

Do you see a decentralization and direct democratization based on the Swiss model?

Simply put, yes. And a devolution of federal finances. In this, the US has done roughly the worst possible job - which is amusing because the Americans are convinced that they are the world's best decentralizers. The US has launched its federalism in the last century and created an imperial franc stone of presidency. As a rich, powerful country after the Second World War, they were able to afford a decentralized spatial structure with a central government and an expanded state security system. After that, the US was too long unwilling or constitutionally sclerotic to adapt to the new reality of a city and knowledge-based economy with agglomeration and division. We have gentrified our cities and made them worth living again. For this they are now no longer affordable for some. But I believe that these cities will be able to launch a movement for inclusion and equality over the next fifteen years.